

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11-12/2015

November/Dezember 2015

Faschistischer Bombenanschlag in Ankara am 10. Oktober 2015 auf eine Demonstration gegen das reaktionäre Regime in der Türkei:

Die internationale Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in der Türkei verstärken!

Am 10. Oktober 2015 fand in Ankara mit über 100 Ermordeten der bisher schlimmste Bombenanschlag gegen die demokratisch-revolutionäre Bewegung in der Türkei statt. „Mörderstaat!“ war zu Recht die Parole der Protestdemonstrationen danach.

In der Tat versucht das reaktionäre Regime in der Türkei, den Aufschwung der demokratisch-revolutionären Kämpfe in der Türkei mit massenhafter Gewalt, mit Ausgangssperren, mit Rollkommandos und Schlägertrupps gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten, mit Streikverboten, mit Verhaftungen und brutalem Niederschlagen von Demonstrationen, mit Zensur und Strafverfolgung gegen unliebsame fortschrittliche Journalisten und Autoren zu unterdrücken. Zentral im Visier steht die kurdische Befreiungsbewegung, die gerade auch durch die Erfolge in Kobane/Rojava Auftrieb erhält. Dagegen wird vom türkischen Staat seit Monaten der „schmutzige Krieg“ forciert, mit militärischer Belagerung und Gemetzeln mit Dutzenden von Ermordeten wie in Cizre.

Und der deutsche Imperialismus? Der „Freundschaftsbesuch“ von Merkel bei Erdogan kurz vor den Parlamentswahlen am 1. November 2015 in der Türkei war ebenso wenig ein Zufall wie die Verschärfung der staatlichen Repressionen mit zahlreichen Verhaftungen gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland in den letzten Wochen. Der reaktionäre Staat der Türkei und dessen „Stabilität“ spielt nicht nur bei der „Abwehr“ von Geflüchteten, sondern beim internationalen Vormarsch des deutschen Imperialismus überhaupt eine große Rolle. Umso wichtiger ist die Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in der Türkei, die großen Möglichkeiten zur Verstärkung dieser Solidarität wirklich zu nutzen.

Das faschistische Massaker vom 10. Oktober 2015 und die Proteste dagegen

Der Bombenanschlag am 10. Oktober 2015 in Ankara richtete sich gegen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Demonstration gegen den reaktionären Krieg, den das türkische Regime gegen die kurdische Befreiungsbewegung führt. Fast zeitgleich wurden in der Nähe des Bahnhofs zwei weitere Bomben gezündet.

Bei diesem faschistischen Bombenanschlag, der nicht nur in der Geschichte der Türkei beispiellos ist, wurden über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermordet – kurdische Aktivistinnen und Aktivisten, oppositionelle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten aus allen Teilen des Landes. Das jüngste Opfer war ein Kind von neun Jahren, Veysel Atilgan, das zusammen mit seinem ebenfalls ermordeten Vater an der Demonstration teilnahm. Das älteste Opfer

Anschläge in Paris am 11. November 2015: Faschistische Anschläge und staatliche Faschisierung

Am 11. November 2015 wurden in Paris bei mehreren miteinander koordinierten faschistischen Anschlägen 130 Menschen ermordet, rund 300 weitere wurden teils schwer verletzt. Diese Anschläge gehen offenbar auf das Konto faschistischer IS-Söldner.

Der französische Staat nahm die faschistischen Anschläge als Vorwand, um sofort bürgerlich-demokratische Rechte einzuschränken und teilweise außer Kraft zu setzen. Per Dekret verhängte der französische Staatspräsident Hollande für zunächst 12 Tage den „Ausnahmestand“. Dieser räumt dem Präsidenten, der Regierung und den Präfekten des Landes Sonderrechte ein, die von der französischen Verfassung normalerweise nicht gedeckt sind. Demnach können ohne richterliche Genehmigung „bei Tag und Nacht“ Wohnungen oder Häuser durchsucht, Versammlungs- und Demonstrationsverbote verhängt werden. Der Innenminister ist zudem ermächtigt, „alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Kontrolle von Presse und Rundfunk zu sichern“. Ebenso kann die Militärgerichtsbarkeit Aufgaben der zivilen Justiz übernehmen. Die französische Nationalversammlung hat den Ausnahmestand inzwischen für drei Monate beschlossen.

In Belgien wurde vor allem in Brüssel mehrere Tage lang in ein umfassender Belagerungszustand verhängt bis hin zur Schließung aller Schulen und der meisten anderen öffentlichen Einrichtungen.

Diese polizeistaatlichen Maßnahmen zeigen: Die Regelungen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie können von heute auf morgen außer Kraft gesetzt werden und werden auch außer Kraft gesetzt werden, wenn die Herrschenden dies für angebracht halten.

Das ist auch in Deutschland so. Für den Fall, dass ihre Herrschaft ernsthaft bedroht würde, schuf die (west-)deutsche Bourgeoisie gegen den Widerstand Hunderttausender mit den Notstandsgesetzen 1968 in einem zweiten großen Schritt nach dem KPD-Verbot von 1956 die legale Grundlage für die Beseitigung sämtlicher demokratischer Rechte und des Parlaments, für die Einsetzung einer „Notstandsregierung“ im „Krisenfall“. Dieser Einschnitt der Faschisierung ist gesetzlich gültige Grundlage dieses Staates.

Aktuell werden die faschistischen Anschläge von Paris zum Vorwand für weitere polizeistaatliche Schritte genommen. Das Bundesinnenministerium beschloss den Aufbau einer weiteren polizeilichen, faktisch paramilitärischen Spezialtruppe zur „Terrorbekämpfung“. Die Geheimdienste sollen ebenso weiter verstärkt werden. Ganze Autobahnen wurden gesperrt und großflächige Kontrollmanöver durchgeführt. Im Schatten des „Krieges gegen den Terror“ soll das seit 1993 sowieso in seiner Substanz kaum noch existente Asylrecht, das in den letzten Monaten schon drastisch eingeschränkt worden ist, mit Schnellverfahren zur beschleunigten Abschiebung und anderem noch weiter verschärft werden, begleitet von widerlicher Hetze gegen Geflüchtete. Gleichzeitig wird nach außen die deutsche Kriegspolitik mit verstärktem Kriegseinsatz in Afghanistan und in Mali, nun auch in Irak und Syrien forciert.

Die demokratischen und kommunistischen Kräfte haben sich darauf einzustellen und dagegen zu wappnen. Das wichtigste ist die Verstärkung des Kampfes gegen Nazi-Terror und staatliche Faschisierung, die Verstärkung des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus auf allen Ebenen.

17. Oktober 1961: Polizei-Massaker an mindestens 384 algerischen Demonstrantinnen und Demonstranten in Paris

Der im November 2015 in Frankreich verhängte „Ausnahmestandard“ wurde bezeichnenderweise durch ein Gesetz autorisiert, das am 3. April 1955 im Rahmen des Algerien-Krieges erlassen worden war. Anfang Oktober 1961 wurde dieses Gesetz angewandt, indem in Frankreich eine nächtliche Ausgangssperre für Menschen algerischer Herkunft verhängt worden war.

Am 17. Oktober 1961 folgten in Paris rund 30.000 Algerierinnen und Algerier dem Aufruf der algerischen Unabhängigkeitsbewegung FLN zu einer unbewaffneten Protestdemonstration dagegen. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstrierenden und ermordete zahlreiche Menschen. Nicht nur Erschossene und zu Tode geprügelte Menschen wurden von der Polizei in die Seine geworfen. Noch Lebende wurden ebenfalls in den Fluss geworfen und so ertränkt. Tagelang trieben die Toten in den Gewässern in

und um Paris, ja bis nach Le Havre, wo die Seine in den Ärmelkanal mündet. Rund 12.000 demonstrierende Algerierinnen und Algerier wurden festgenommen und tagelang ohne Versorgung in Internierungslager gepfercht. Dort wurden sie vielfach weiter misshandelt, weitere Menschen ermordet. Der französische Historiker Jean-Luc Einaudi hat eine keineswegs vollständige Liste mit 384 Opfern des Massakers vom 17.10.1961 erstellt.

Der damalige Präfekt von Paris war der Nazi-Kollaborateur Maurice Papon. Dieser hatte während der Nazi-Okkupation in Bordeaux die Deportation von 1.700 Jüdinnen und Juden aus dem Umland der südwestfranzösischen Stadt in die Vernichtungslager organisiert.

Mehrere Jahrzehnte lang wurde dieses staatliche Massaker in Frankreich und darüber hinaus totgeschwiegen.

war die 70 Jahre alte kurdische Aktivistin Meyrem Bulut. Weitere 500 wurden teilweise schwer verletzt.

Aktivistinnen und Aktivisten berichten, dass zum Zeitpunkt der Explosion keine Polizei am Anschlagort gewesen war. Als diese eintraf, ging sie mit Tränengas, Wasserwerfern und Knüppel gegen helfende Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer vor. Polizeieinheiten blockierten die Zufahrt der Rettungsfahrzeuge. Rund die Hälfte der Ermordeten starb am Anschlagort, die übrigen Schwerverletzten starben auf dem von der Polizei blockierten Weg zum oder im Krankenhaus. Freiwillige Blutspender wurden von den Behörden mit dem Hinweis abgewimmelt, dass angeblich keine Spenden notwendig seien.

Gegen die faschistischen Massenmorde in Ankara protestierten Tausende. So demonstrierten etwa 10.000 noch am selben Tag in Istanbul. Weitere Protestmärsche gab es in Diyarbakır, Izmir, Batman, Urfa und Van. Am 12.-13. Oktober riefen oppositionelle Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Die Beerdigungen der Ermordeten wurden zu Anklagen gegen das Terror-Regime.

Nach den Massakern in Ankara gab es auch in anderen Ländern eine Reihe von Protestaktionen. Auch in Deutschland gab es Demonstrationen. So fand in Frankfurt/M. eine Demonstration mit rund 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, in Hamburg zogen ca. 1.500 Demonstrantinnen und Demonstranten vor das türkische Generalkonsulat, in Stuttgart zogen 700 Protestierende durch die Innenstadt.

Zunehmende Kämpfe und zunehmende Repression

Seit Jahren flammen in der Türkei Kämpfe auf, deren Funken sich ausbreiten und zu massenhaften und militanten Bewegungen entwickeln. Wir erinnern hier nur an einige herausragende Kämpfe:

■ Der Monate lange Kampf der Tekel-Arbeiterinnen und -Arbeiter im Jahr 2010 gegen massive Gehaltskürzungen, gegen den Verlust von tariflichen und sozialen Rechten sowie gegen Entlassungen.

■ Die monatelangen massenhaften und erbittert geführten Kämpfe, die sich 2013 aus der Gezi-Bewegung entwickelten. Unterdrückte Alevitinnen und Aleviten, Jugendliche und Studierende, Aktivistinnen und Aktivisten von Gruppen gleichgeschlechtlich orientierter Menschen schlossen sich der Bewegung an.

■ Die massiven Proteste nach dem Grubenunglück im Mai 2014 in Soma, als mindestens 245 Bergwerksarbeiter starben. Am Ort des Unglücks Soma und zahlreichen anderen Städten gab es teilweise auch militante Proteste von Tausenden unter dem Motto „Kein Unfall – Mord“.

■ Ab Mai 2015 traten Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter mit Streiks in der Metall- und Automobilindustrie verstärkt auf den Plan. In sogenannten „wilden“ Streiks gegen die reaktionären Gewerkschaftsführungen kämpften sie nicht nur für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, sondern auch für ihr Streikrecht. Den Anfang hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Renault-Werken in Bursa gemacht. Der Funke der Streikkämpfe sprang über auf die Ziegelwerke in Diyarbakır, die Schuhfabriken in Adana, die Stickereien von Merter und in die Textilfabriken von Gaziantep.

Der reaktionäre Staat der Türkei unterdrückte und unterdrückt die kämpferischen Bewegungen. Ja brutaler staatlicher Terror gegen demokratisch-revolutionäre Kräfte kennzeichnet die aktuelle Lage in der Türkei. So verhängten Gerichte im Oktober 2015 Haftstrafen gegen 244 Demonstrantinnen und Demonstranten der Gezi-Proteste von 2013. Streiks werden immer wieder verboten. So wurde der Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter am 30. Janu-

ar 2015 für 30 Tage verboten. Ständig gibt es Demonstrationsverbote, Pressezensur, Veröffentlichungsverbote von Zeitungen und Fernsehsendern, Inhaftierung von linken Autoren und Journalisten, Haftbarmachung von Internet-Providern, um regimiekritische Twitter- oder Facebook-Meldungen zu verhindern. „Offizielle“ staatliche Unterdrückungsmaßnahmen wurden und werden dabei zunehmend auch kombiniert mit Überfällen von Schlägertrupps der AKP und anderen.

Die kurdische HDP („Halkın Demokratik Partisi“- Die Demokratische Partei der Völker) die auch von zahlreichen nichtkurdischen demokratischen und sich als links verstehenden Kräften unterstützt wird, hat bei den Wahlen im Juni 2015 nicht nur in vielen kurdischen Regionen und Städten die meisten Stimmen bekommen, sondern hat landesweit 13 % der Stimmen erhalten. Daraufhin überzogen die staatlichen Repressionsorgane, sekundiert von faschistischen Schlägerbanden, die HDP mit Unterdrückungsmaßnahmen. Größere Kundgebungen und Versammlungen waren nahezu unmöglich. Von Juni bis November 2015 gab es rund 200 Angriffe in ca. 40 Städten gegen Einrichtungen der HDP. Dazu gehörten auch Bombenanschläge auf HDP-Büros in Adana und Mersin.

Faschistische Bombenanschläge und Massaker

Der türkische Staat hat nicht zuletzt seit Ende der 70er Jahre große Erfahrung im Einsatz paramilitärischer Banden gegen linke Aktivistinnen und Aktivisten, gegen demokratische Kräfte und Angehörige diskriminierter Minderheiten. Wir erinnern hier an drei Verbrechen:

■ 1977 wurde die 1. Mai-Kundgebung auf dem Taksim-Platz in Istanbul mit 500.000 beteiligten Arbeiterinnen und Arbeitern von umliegenden Dächern aus mit automatischen Waffen beschossen. 34 Menschen wurden ermordet, teils durch die Kugeln der Konterguerilla, teils indem sie von anrollenden gepanzerten Fahrzeugen überrollt wurden.

■ Vom 19. bis zum 26. Dezember 1978 wurden beim Pogrom von Karamanmaraş mehr als 100 Alevitinnen und Aleviten bestialisch ermordet. Viele wurden gefoltert, Frauen vergewaltigt.

■ Am 2. Juli 1993 wurden bei einem Brandanschlag auf das Madımak-Hotel in Sivas 37 Menschen, zumeist Alevitinnen und Aleviten ermordet. Zeugenaussagen und Videos belegen, dass Polizisten dem Pogrom-Mob halfen, der das Hotel angezündet und umstellt hatte, und dass eine anrückende Militäreinheit wieder zurückgezogen wurde.

Auch in den letzten Monaten wurde der staatliche konterrevolutionäre Terror massiv ergänzt durch faschistische Bombenanschläge und Morde. Vor allem folgende Massaker stechen hervor:

■ Am 5. Juni 2015 wurde in Diyarbakır gegen eine Wahlkundgebung der HDP ein faschistischer Bombenanschlag mit zwei Brandsätzen verübt. Vier Genossinnen und Genossen wurden ermordet. Mehr als 200 wurden verletzt, darunter 20 schwer.

■ Am 20. Juli 2015 wurde in der türkischen Grenzstadt Suruç, die etwa 10 km von der syrischen Grenze und Kobane entfernt ist, ein faschistischer Bombenanschlag verübt. In Suruç befindet sich eines der größten Flüchtlingslager von Geflüchteten aus Nordsyrien. Das Bombenmassaker richtete sich gegen rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer demokratischen Jugendbrigade. Diese waren im kurdischen Amara-Kulturzentrum aus allen Teilen des Landes zusammengekommen, um in Kobane in unmittelbarer Nachbarschaft Aufbauarbeit zu leisten. 34 Aktivistinnen und Aktivisten wurden ermordet, weitere 76 teilweise schwer verletzt.

■ Am 10. Oktober 2015 wurden – wie bereits dargestellt – über 100 Menschen beim Bombenanschlag in Ankara ermordet.

Gerade auch diese faschistischen Massaker zeigen, wie groß das Arsenal der konterrevolutionären Verbrechen ist, worauf die Herrschenden der Türkei, aber offenbar nicht nur dort, zurückgreifen können und auch zurückgreifen. Nicht zu vergessen ist auch: Die Herrschenden der Türkei sind auch erprobt in der Errichtung faschistischer Militärdiktaturen (wie etwa 1960, 1971 und 1980). Bei deren Vorbereitung und Durchführung kamen ebenfalls die Methoden des „schmutzigen Krieges“ und paramilitärische Banden zum Einsatz.

Es fragt sich, welche Funktion solche faschistischen Bombenanschläge erfüllen. Wir meinen, dass es bei den Bombenanschlägen der letzten Monate, insbesondere dem vom 10. Oktober 2015 um folgende vier Aspekte geht:

Erstens sollen ganz direkt Genossinnen und Genossen liquidiert werden.

Zweitens: Es ist eine Errungenschaft des Kampfes der letzten Jahre und Monate, dass der Kampf in der Türkei zunehmend von türkischen und kurdischen Aktivistinnen und Aktivisten gemeinsam geführt wird. Das Projekt des gemeinsamen kurdisch-türkischen Kampfes, wie er etwa in Form der HDP geführt wird, soll unterminiert und sabotiert werden.

Drittens: Aktivistinnen und Aktivisten sollen vom politischen Kampf bzw. dessen möglichen Konsequenzen abgeschreckt

werden. Die Gewinnung von weiteren Unterstützerinnen und Unterstützern soll durch Angst und Schrecken verhindert und vielmehr eine Entsolidarisierung erreicht werden. „Vielleicht sollte man doch nicht so militant gegen den Staat vorgehen und ihn herausfordern?“ - So oder so ähnlich fragen die Eingeschüchterten oder die Berufskapitulanten und fordern politische Zugeständnisse.

Viertens ermöglichen solche faschistischen Massaker, die scheinbar unabhängig vom Staat begangen werden, dass sich die Staatsmacht hinstellt, als ob sie „gegen Gewalt von links und rechts“ sei. Der türkische Ministerpräsident Davutoglu erklärte nach dem Massaker vom 10. Oktober 2015 in Ankara, die Bomben hätten auch von der PKK oder türkischen Linken gezündet worden sein können. Mit dieser Demagogie von „links = rechts“ wird nahegelegt, dass die reaktionäre Staatsgewalt verstärkt werden müsse, um – angeblich – gegen den „Terror von beiden Seiten“ vorzugehen. Nach dem Massaker von Suruç vom 20. Juli 2015 führte das türkische Regime in rund 20 Provinzen und in İstanbul mit 5.000 Polizisten und 2.000 Angehörigen von Aufstandsbekämpfungseinheiten Razzien und Verhaftungen unter dem demagogischen Schlagwort „Bekämpfung des Terrorismus“ durch.

Die herausragende Rolle des Kampfs der kurdischen Genossinnen und Genossen für den demokratischen und revolutionären Kampf in der Türkei

Die PKK führt in der Türkei seit 1984 einen bewaffneten Kampf mit zeitweise mehreren Zehntausend Kämpferinnen und Kämpfern in den kurdischen Gebieten. Der jahrzehntelange Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen in der Türkei ist durch all diese Jahre hinweg für die demokratisch-revolutionären Kräfte in der Türkei ein eminent wichtiger Faktor, auch heute.

Die PKK bzw. die unter ihrer Führung stehenden bewaffneten Kräfte sind in der Lage, dem reaktionären türkischen Staat immer wieder Schläge zu versetzen. So gelang der PKK im September 2015 ein spektakulärer Angriff auf einen Militärkonvoi nahe dem Ort Daglica, bei dem 16 Soldaten getötet wurden. Zwei gepanzerte Militärfahrzeuge waren auf Minen gefahren. (FR, 8.9.15) Am 9. November startete die PKK mit rund 400 - 600 Kämpferinnen und Kämpfern einen Angriff auf die Militärbasis Daglica, bei dem 20 Soldaten der türkischen Armee erschossen wurden. (www.neopresse.com, 11.11.2015). Mehr und mehr werden bewaffnete Aktionen auch in die Städte getragen. Im Juli 2015 liquidierten PKK-Ak-

tivisten zwei türkische Polizisten, die mit den IS-Banden zusammengearbeitet hatten (tagesschau.de, 22. Juli 2015).

Im August 2015 weitete die türkische Armee im Südosten der Türkei, besonders in der Provinz Hakkari, nicht nur ihre Bombardements gegen PKK-Stellungen aus. Nachdem eine Reihe von kurdischen Städten im Osten der Türkei nahe der syrischen Grenze im August eine Art kurdische Selbstverwaltung ausgerufen hatten, überfielen Anfang September Polizei-Sondereinsatzkommandos mit schweren Waffen, Panzern und Granaten kurdische Städte, die als „Kurden-Hochburgen“ gelten. Die Sonderkommandos stationierten Scharfschützen auf Dächern, kappten die Wasser- und Stromversorgung, unterbrachen die Mobilfunkverbindungen und verhängten eine vollständige Ausgangssperre. Selbst Feuerwehr- und Krankenwagen wurden beschossen. Drei Beispiele:

- In der Stadt Cizre mit rund 120.000 Einwohnerinnen und Einwohnern kämpften im September 2015 vor allem die Jugendlichen gegen eine Übermacht von 5.000 schwerbewaffneten Polizisten. Sie verteidigten ihre Stadtviertel 10 Tage lang durch einen gut geplanten und umsichtigen Barrikadenkampf. An zentralen Stellen des Viertels errichteten sie Barrikaden mit Sandsäcken, durchbrachen die Mauern benachbarter Häuser als Fluchtwege vor den Scharfschützen und nutzten die Kanalisation als Transport- und Fluchtweg. In Gruppen von 5-10 Aktivistinnen und Aktivisten teilten sie sich die Viertel in Blocks ein. Wandparolen waren die Zeichen, welche Gruppe welchen Block verteidigt. Während der rund 10 Tage dauernden Belagerung von Cizre durch rund 5.000 schwerbewaffnete Polizisten wurden mindestens 21 Menschen ermordet. Der Anwalt Tamer Doğan untersuchte als Teil einer Delegation fortschrittlicher Anwälte am 11. September Cizre zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Er berichtete: „Wir wurden in das Viertel Nur geschickt. Dort gab es die heftigsten Gefechte... Alle Wände und Gebäude waren durchsiebt mit Einschusslöchern und zwar nicht nur von Einschusslöchern von Kugeln, sondern auch von Granaten und Raketen. Dabei haben die Sondereinsatzkommandos insbesondere auf Strommasten, Transformatoren, Wasserdepots und Klimaanlagen gezielt. Mit besonders für diesen Zweck gebauten Panzerfahrzeugen haben sie z.B. die Mauern von Gärten und andere Mauern zertümmert. In den Wohnungen sah es nicht wesentlich anders aus. Überall, von Schlafzimmern bis zu Küchen, gab es Einschusslöcher, Spuren von explodierten Granaten aus Mörsern und Granatwerfern sowie Minen ... Nach unseren bisherigen Informationen gibt es 23 Tote, davon erlagen 15

zerstört, nachdem diese das Thema AKP-Korruption wieder befeuert hatten.

Erdogans AKP-eigene Schlägerkommandos, CHP-Sozialfaschisten, faschistische Graue Wölfe, faschistische IS-Mordbanden – wie hängt das zusammen?

Ohne Zweifel ist dabei ein Faktor, dass in der Türkei verschiedene imperialistische Großmächte auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet mitmischen und auch ihren Einfluss auf die herrschende Klasse der Türkei und deren politischen Sachwalter geltend machen.

Bei aller Rivalität und bei allem Werben um die eigene Klientel mit verschiedenen scheinbar oder tatsächlich konkurrierenden Slogans haben die verschiedenen politischen Kräfte wie AKP, CHP, MHP oder auch IS als gemeinsamen Nenner das Interesse, die demokratisch-revolutionären Kräfte in der Türkei zu zerschlagen, keinen demokratisch-revolutionären Anziehungspunkt in der Region aufkommen zu lassen.

So distanziert sich die AKP-Führungsriege offiziell zwar von den IS-Mordbanden. Tatsächlich gibt es aber eine Reihe von ideologischen und politischen Übereinstimmungen zwischen den Herrschenden in der Türkei und den IS-Mordbanden. Vor allem sind beide geschworene Feinde kurdischer Emanzipationsbestrebungen und jeder wirklich demokratischen und revolutionären Befreiungsbewegung. Real unterstützt der türkische Staat seit Jahren die IS-Faschisten, indem er die IS-Mörder von der Türkei aus ungehindert nach Syrien gelangen lässt und auch deren Stützpunkte in der Türkei duldet. Diese Gemeinsamkeit und Unterstützung schließt nicht aus, dass die Türkei auch vereinzelt IS-Unterstützer in der Türkei verhaftet, unter dem Druck der US-Imperialisten „gestattet“, dass US-Flugzeuge gegen IS-Stellungen aus der Türkei starten dürfen oder sogar selbst IS-Stellungen in Syrien bombardiert.

Zur Rolle des deutschen Imperialismus

Der deutsche Imperialismus spielt in der Türkei eine wichtige Rolle, ja er mischt auf verschiedenen Gebieten ganz vorne mit, nimmt massiv Einfluss auf die Politik, Ökonomie und das Militär in diesem vom Imperialismus abhängigen Land, dessen herrschende Klasse und Staat zugleich seine eigenen reaktionären Ziele nach innen und nach außen verfolgt.

Eine Gemeinsamkeit des deutschen Imperialismus und der reaktionären Herrschenden der Türkei besteht in der Feindschaft gegenüber den demokratischen und revolutionären Kräften in der Türkei. Das zeigt sich zum einen in den in Deutschland seit

Jahrzehnten existierenden Verboten linker türkischer und kurdischer Organisationen, vor allem dem seit 1993 bestehenden PKK-Verbot. Seit 1993 wurden Tausende von Razzien, Strafverfahren und Verurteilungen kurdischer Vereine, kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten erlassen. Erst am 21.10.2015 stürmten LKA-Einheiten die Räumlichkeiten kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten in Dresden und Hannover. Den Musikerinnen und Musikern der linken Band Group Yorum wurde erst kürzlich die Einreise zur Teilnahme an einem Musikfestival gegen Rassismus verweigert. Zurzeit befinden sich mehrere Dutzend Revolutionäre aus der Türkei, türkische und kurdische Aktivistinnen und Aktivisten in deutschen Gefängnissen. Sie sind zurzeit die größte Gruppe demokratischer und revolutionärer politischer Gefangener in Deutschland.

Zum anderen rüstete der deutsche Imperialismus das reaktionäre Regime in der Türkei allein zwischen 1999 und 2012 mit Waffen im Wert von 3,2 Milliarden Euro aus. Eindeutig bewiesen ist, dass diese Waffen gerade auch bei der „Aufstandsbekämpfung“ in den kurdischen Gebieten in der Türkei zum Einsatz kommen (siehe www.tatortkurdistan.blogspot.de). Durch Waffenverkäufe an die Türkei, Training und Ausbildung des türkischen Militärs, den Export von Isolationsgefängnissen nach Stammheimer Vorbild verfolgen die deutschen Imperialisten das Ziel, ihre Ausbeutungsmöglichkeiten und Einflussgebiete auszudehnen und abzusichern.

Nur scheinbar im Widerspruch dazu sind die deutschen Imperialisten seit Ende 2014 dazu übergegangen, im Irak nicht mit fortschrittlichen, sondern mit reaktionären kurdischen Kräften zusammenzuarbeiten und diese mit Waffen auszurüsten. Dabei handelt es sich nämlich um reaktionäre Barsani-Kräfte, die ihrerseits u.a. auch mit dem türkischen Staat kollaborieren. Am 28. Oktober besuchte Kriegsministerin Leyen das nordirakische Erbil. Dort hat die Bundeswehr in den letzten Monaten reaktionäre kurdische Peschmerga mit rund 20.000 Gewehren und 1.000 Panzerabwehrraketen ausgerüstet. Bundeswehr-Offiziere bilden dort Peschmerga aus. Nachdem die Bundeswehr an der Grenze der Türkei zu Syrien bereits seit längerem Raketen stationiert hat, ist dies ein weiterer militärischer Vorstoß des deutschen Imperialismus in der Region.

Erdogan an der Spitze der reaktionären AKP-Regierung kann sich also der Unterstützung durch den deutschen Imperialismus sicher sein. Kanzlerin Merkel leistete sogar direkte Amtshilfe für Erdogans Wiederwahl, als sie kurz vor den Novemberwahlen in die Türkei flog und Finanzhilfen in Milliardenhöhe, Visa-Erleichterungen und eine stärkere Unterstützung der türki-

schen „Antiterroroperationen“ versprach. Im Gegenzug verlangte sie vor allem, dass die Türkei die „Festung Europa“ abschottet, indem Geflüchtete dort festgehalten und an der Weiterflucht in die EU gehindert werden. O-Ton Merkel: „Europa kann seine Außengrenze nicht allein schützen, wenn wir nicht auch ein Abkommen mit der Türkei schließen“. (Spiegel online, 18.10.2015). Nach aktuellen Schätzungen leben in der Türkei mehr als 2 Millionen hauptsächlich vor dem Bürgerkrieg in Syrien Geflüchtete, aber auch aus Irak und Afghanistan und anderen Ländern.

Die großen Möglichkeiten der gemeinsamen Kämpfe und der Solidarität

In Deutschland wie auch in anderen Ländern Westeuropas leben Millionen von Menschen, die seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts großteils zunächst als Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei hierher gekommen sind. In vielen wichtigen Kämpfen, wie etwa der Welle spontaner Streiks 1969 oder 1973 (Ford-Streik Köln), aber auch danach haben sie eine besonders kämpferische Rolle gespielt.

Verschiedene Organisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei sind in demokratischen Kämpfen gegen Nazis, gegen staatliche Unterdrückung und Rassismus aktiv. Zugleich waren und sind Auslandsorganisationen demokratisch-revolutionärer Organisationen aus der Türkei wichtig, um von hier aus den Kampf dort zu unterstützen.

Wir haben in Deutschland daher große Möglichkeiten, am Arbeitsplatz, in den Fabriken, in den Schulen, in den Universitäten direkt mit Migrantinnen und Migranten aus der Türkei zu diskutieren und uns auszutauschen. Kontakte können so hergestellt werden zu Aktivistinnen und Aktivisten in der Türkei, um sich gegen die Lügen und Desinformation der bürgerlichen Medien aus erster Hand zu informieren, um direkte Solidarität zu organisieren. Diese Solidarität gilt es als proletarisch-internationalistische Verpflichtung zu verstehen.

Vielerorts, das müssen wir als revolutionäre und kommunistische Kräfte in Deutschland feststellen, wurden die Genossinnen und Genossen mit ihrem Protest gegen die faschistischen Massaker relativ allein gelassen. Wir müssen uns selbstkritisch fragen, warum der massenhafte Protest gegen solch ein faschistisches und konterrevolutionäres Massaker ausgeblieben ist.

Unsere Solidarität und Unterstützung mit all unseren Kräften gilt den Genossinnen und Genossen in der Türkei.



Abdulhalim Şenol, Adil Gör, Abdülkadir Uzun, Abdülhalim Erol, Ahmed Akhmed, Ahmed Fakru, Ali Deniz Uzun, Ali Kılıç, Cemal Anar, Ayhan Kaya, Ayşe Deniz, Aysel Çelik



İlgaç Söğütçelik, Edilay Değer, Demir Koc, Elgin Fehri, Erol Karıncı, Canberk Değer, Yusuf Akil, Dilek Dül, Dilan Sarıbaş, Elwan Kahraman, Elwan Meri, Elif Karakoçlu, Emin Aydın, Emine Eren



Erol Akar, Erol Arın, Erol Arın, Erol Erol, Ahmet Kalkan, Gökçe Karadağ, Emrah Erdoğan, Hasan Sarıoğlu, Vedat Karadağ, Melis Tuzuner, Fatma Bekir, Fatma Karadağ, Ferit Seri, Feyzi Deniz



Gazi Güneş, Fatma Eren, Gökhan Akman, Gökhan Gökman

Ankara 10.10.2015:
Faschistisches Massaker!

Nichts vergeben!
Nichts vergessen!



Gökmen Değer, Gökhan Aytekin, Gökhan Elmecan, Gökay Coşkun



Hacı Karadağ, Gökçe Arslan, H. Duran Arslan, Hasan Değirgen



Emrah Altın, Elif Güneş, İsmail Korkmaz, Ramazan Çelik



K. Taylan Demir, Korhan Teke, Kübra M. Mülkçü, Leyla Çelik



„Wir kennen die Mörder!“ (Istanbul 10.10.2015)



Mehmet Ali Kılıç, Mehmet Hayri, Mehmet Şahin, M. Tahir Değer



Mehmet Bulut, Mevlüt Ak, Melis Karadağ, Melis Feyzi



„Mörderstaat!“ (Istanbul 10.10.2015)



Muhammed Demir, M. Vezir Akman, M. Zeki Karadağ, Fehri Demir



Mehmet Çelik, Mehmet Şenol, Nilgün Çelik, Nihal Bayraktar

Faşist Katliam!
Asla unutma!
Asla affetme!



Hüseyin Ergün, Harun Erdoğan, Ömer Tan Çelik, İbrahim Çimen



Emine Özmen, Tuncel Özmen, Ö. Gökhan Apaydın, Ramazan Çelikkaya, Ramazan Turan, Resul Yılmaz, Ridvan Akçıl, Sabri Akman, Sengül Toprak, Selim Örs, Serdar İnan, Sengül Çelikkaya, Selim Çelik, Seyhan Yılmaz



Seyhan Yılmaz, Seyhan Yılmaz, Şiir Akçıl, Tekin Akman, Umut Tan, Uğur Çelikkaya, Deniz Seyhan, Vehdettin Çelikkaya, Vedat Ertan, Yılmaz Elmecan, Yusuf Değer, Ziya Şeyhan

